

Lingener Erklärung zur Energie- und Rohstoffsicherung

Die Preissteigerungen und die zunehmend fraglich werdende Versorgungssicherheit bei der Energie- und Rohstoffversorgung stellen die Unternehmen in der Region Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim vor große Herausforderungen.

Konkrete Handlungsfelder zum Gelingen der Energiewende zeigt die „Lingener Erklärung“ auf. Sechs Themenfelder zeigen, in welche Richtung sich die Energiepolitik entwickeln muss. Als Ergebnis der Diskussion wurde in der Regionalkonferenz die Forderung nach einer angemessenen Entschädigung für Grundstückseigentümer zur Beschleunigung des Infrastrukturausbaus ergänzt.

1. Preise wettbewerbsfähig gestalten:

Über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werden die Mehrkosten für die Vergütung von regenerativ erzeugtem Strom auf alle Stromabnehmer umgelegt. Für 2012 beträgt die EEG-Umlage 3,59 Cent/kWh. Schon jetzt messen 93 % der Betriebe in der Region Osnabrück – Emsland – Graf-



„Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn am Ende Strom und Gas noch bezahlbar bleiben – für die Normalfamilie, aber auch für unsere Industriearbeitsplätze. Alle Förderungen müssen deshalb streng darauf abgefragt werden, wie effizient sie sind.“

Dr. Mathias Middelberg, MdB (CDU)

schaft Bentheim steigenden Energiepreisen eine wachsende Bedeutung bei. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, wettbewerbsfähige Energiepreise für die gesamte Wirtschaft langfristig sicherzustellen. Dazu sollte der bisherige Instrumentenmix aus Energiesteuern, EEG, KWK-Förderung und CO₂-Emissionszertifikatehandel besser abgestimmt und die daraus resultierenden Belastungen für Unternehmen begrenzt werden. Dabei sind Effizienz und Eignung einzelner Instrumente auch grundsätzlich zu hinterfragen.

2. Versorgungssicherheit gewährleisten:

Deutschland hatte in den letzten Jahren europaweit die geringsten Ausfallzeiten im Stromnetz. Die Versorgungsunterbrechung pro angeschlossenen Endverbraucher und

Jahr betrug in Deutschland im Jahr 2010 im Schnitt nur 15 Minuten bei Strom. Zum Vergleich: In Frankreich liegt der Wert bei durchschnittlich 66 Minuten jährlich. Für die Wirtschaft hat die jederzeitige Verfügbarkeit von Energie höchste Priorität. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, auch zukünftig größtmögliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dazu sind leistungsfähige Übertragungs- und Verteilnetze sowie zusätzliche, flexibel regelbare Kraftwerke und Speicher erforderlich.

3. Infrastrukturausbau beschleunigen:

Die Errichtung neuer Anlagen zur Energieerzeugung, -speicherung und -verteilung unterliegt aufwändigen und z. T. langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Auch deshalb ist rund die Hälfte der 24 Ausbauvorhaben nach dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) in Verzug. Gleichzeitig ist die Realisierung von Energieinfrastrukturen oft nur gegen Widerstand von Teilen der Bevölkerung und damit verbundenen Mehrkosten sowie zusätzlichem Zeitaufwand möglich. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, den Infrastrukturausbau zu beschleunigen, indem die Verfahren gestrafft, Informationsbarrieren abgebaut und intensiv für die Akzeptanz bei den Bürgern vor Ort geworben wird. Grundstückseigentümern sollten angemessene Entschädigungen gewährt werden. Die IHK wird sich aktiv in diesem Prozess einbringen, u. a. durch ihre Aktivitäten im Arbeitskreis „Akzeptanz und Effizienz bei der Planung und Durchführung industrieller Großvorhaben“ im Rahmen der 7. Regierungskommission „Europäische Umweltpolitik und Vorhabenplanung“ des Landes Niedersachsen.

4. Energieeffizienz steigern:

Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine wesentliche Voraussetzung der Energiewende. So ist bereits bis 2020 eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 % gegenüber



Frank Henning, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion Osnabrück

„Wir wollen eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung. Dabei wird es vor allem auf verlässliche Rahmenbedingungen ankommen, damit notwendige Investitionen in erneuerbare Energieträger, intelligente Netze und Energieeffizienzmaßnahmen vorgenommen werden.“

dem Basisjahr 2008 angestrebt. Soweit Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz trotz kurzer Amortisationszeiten nicht genutzt werden, liegt dies regelmäßig an bestehenden Informationsbarrieren oder rechtlichen Investitionshemmnissen. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, die Energieeffizienz durch Abbau dieser Hemmnisse zu steigern. Die IHK wird dies u. a. durch ihre Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation mit der Bundesregierung sowie durch ein neues IHK-Netzwerk Energie aktiv unterstützen.

5. Energieforschung intensivieren:

Für die Förderung der Energieforschung stehen im 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung von 2011 bis 2014 rund 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 75 % gegenüber dem 5. Energieforschungsprogramm 2006 bis 2009. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, die Energieforschung weiter zu intensivieren



„Der Ausstieg aus der Kernenergie ist unumkehrbar. Dies setzt voraus, dass alle von der Energiewende betroffenen und auszugestaltenden Bereiche, wie Netzausbau, Förderung und Finanzierung, ineinandergreifend gelöst werden. Erforderlich ist der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Optimierung von Energieeffizienz.“

Hans-Michael Goldmann, MdB (FDP)

und damit einen Beitrag dazu zu leisten, Märkte für neue Technologien zu erschließen. Die IHK wird den Zugang insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen zu neuen Forschungsergebnissen durch individuelle Beratungen und – gemeinsam mit den Hochschulen – mit Veranstaltungen wie „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ befördern.

6. Rohstoffe nachhaltig sichern:

Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe haben sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen. Trotz vermehrter Anstrengungen für mehr Ressourceneffizienz in den Unternehmen drohen damit weiter erhebliche Kosten-



„Wir wollen nicht die Energiewende und ihre Folgen akzeptieren, wir wollen sie aktiv gestalten. Wer jetzt in Alternativen investiert, in klimaverträgliche Technologien und Produktion, der erschließt sich neue Märkte und sichert die wirtschaftliche Basis für die Zukunft.“

Dorothea Steiner, MdB (Bündnis 90/Die Grünen)

steigerungen. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, die Versorgung der Unternehmen mit Rohstoffen nachhaltig zu sichern. Dazu sollten die außenpolitischen Kontakte zu Lieferländern intensiviert und Rohstoffbezüge vertraglich besser abgesichert werden. Zugleich sollte das Potenzial der Rohstoffförderung im Inland besser erschlossen werden. Die IHK wird sich deshalb dafür einsetzen, dass entsprechende Vorrangflächen für die Rohstoffgewinnung im Landes-Raumordnungsprogramm und in regionalen Raumordnungsprogrammen vorgesehen werden.

Die 28. IHK-Regionalkonferenz bittet die Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, des Niedersächsischen Landtages sowie die Vertreter der Kommunalpolitik, durch entsprechende politische Beschlüsse die in dieser Erklärung genannten Ziele zu unterstützen.



www.osnabrueck.ihk.de/energieundrohstoffe

Dokumentation 28. IHK-Regionalkonferenz „Energiewende – wohin?“ Lingener Erklärung



Energiewende – wohin?

Die von Bundestag und Bundesrat im Sommer 2011 beschlossene Energiewende setzt ambitionierte Ziele. Damit beinhaltet sie sowohl Chancen als auch Risiken. Zugleich ist ihr Gelingen an zahlreiche Voraussetzungen geknüpft. So soll nach Auffassung der Bundesregierung bis zum Jahr 2050 Strom zu 80 % aus erneuerbaren Energien stammen und der dazu erforderliche – auch grenzüberschreitende – Netzausbau realisiert werden. Bereits bis zum Jahr 2020 wird eine zehnpromtente Senkung des Stromverbrauchs angestrebt. Die Bundesregierung vertraut zudem darauf, dass europäische Staaten ähnliche Energie- und Klimaziele verfolgen und Deutschland bei der Zielerreichung unterstützen.

Wegen der herausragenden Bedeutung der Energie- und Rohstoffpolitik für die Wirtschaft hat die IHK-Organisation das Jahr 2012 bundesweit unter das Thema „Energie und Rohstoffe für morgen“ gestellt. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die IHK mit vielfältigen Projekten und Aktionen vor Ort aktiv am Gelingen der Energiewende. Weil die Wirtschaft auch zukünftig auf eine wettbewerbsfähige Energie- und Rohstoffversorgung angewiesen sein wird, haben wir die „Lingener Erklärung“ erarbeitet. Dabei handelt es sich um einen 6-Punkte-Katalog, der



konkrete Handlungsfelder zum Gelingen der Energiewende aufzeigt. Der Katalog wurde auf der 28. IHK-Regionalkonferenz am 6. Juli 2012 in Lingen (Ems) verabschiedet.

Gerd-Christian Titgemeyer

Gerd-Christian Titgemeyer
IHK-Präsident

Marco Graf

Marco Graf
IHK-Hauptgeschäftsführer



Ulla Ihnen, Staatssekretärin
im Niedersächsischen Ministerium für
Umwelt, Energie und Klimaschutz

„In der Energiepolitik stehen wir vor großen Herausforderungen: Erneuerbare Energien sollen bis Mitte des Jahrhunderts den Hauptanteil unserer Energieversorgung bereitstellen. Gleichzeitig soll Deutschland weiterhin ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bleiben. Das setzt vor allem bezahlbare Energie und einen zügigen Netzausbau voraus. Niedersachsen wird einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Energiewende leisten. Das zeigt das Niedersächsische Energiekonzept. Entscheidend ist nun der beschleunigte Netzausbau.“

Aktueller Energiemix und staatlicher Preisanteil

Die Wirtschaft braucht günstige Energie und sichere Rohstoffquellen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland darf durch die Energiewende und die zunehmende Verknappung von Rohstoffen nicht beeinträchtigt werden.

Wichtigster Energieträger in Deutschland war auch im Jahr 2011 das Mineralöl mit einem Anteil von gut einem Drittel am Energiemix. Es folgen Erdgas, Steinkohle und Braunkohle. Der Beitrag der Kernenergie hat sich aufgrund der Energiewende auf knapp 9 % verringert, während die erneuerbaren Energien ihren Beitrag zur Energieerzeugung auf rund 11 % erhöhen konnten.

Auch bei der Stromerzeugung dominieren nach wie vor konventionelle Energieträger mit rund 60 %. Die Kernenergie lieferte im Jahr 2011 noch 18 % des Stroms, ihr



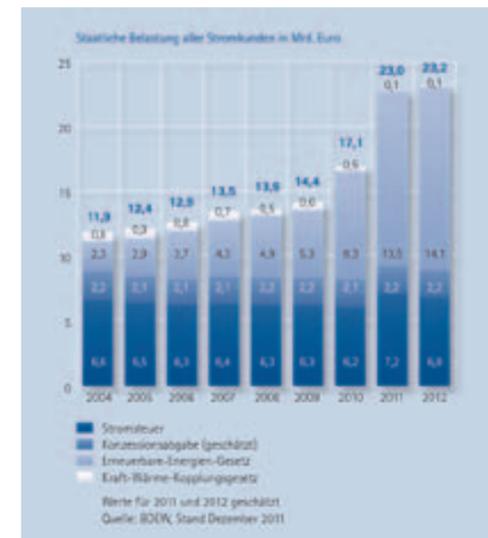
„Energiebedarfe sinken durch ein gelebtes Energiemanagement, getragen von drei Säulen: den Menschen, dem System, der Technik.“

Prof. Dr. Felix Osterheider,
Georgsmarienhütte GmbH



„Zur Bewältigung der Herausforderungen der Energiewende ist eine bessere Abstimmung des energiepolitischen Instrumentenmixes erforderlich. Es existieren weit mehr als 100 Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende, deren jeweiligen Wirkungen größtenteils noch unklar sind. Auch die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Maßnahmen sind kaum zu beurteilen.“

Prof. Dr. Andreas Löschel, Vorsitzender der Expertenkommission der Bundesregierung zum Monitoring der Energiewende



Anteil sank damit gegenüber 2010 um rund 4 Prozentpunkte. Erneuerbare Energien (s. Grafik, oben) lieferten 20 % des Stroms.

Knapp 40 % des Strompreises ergaben sich bereits 2009 durch staatliche Steuern und Abgaben (Konzessionsabgabe, KWK-Umlage, EEG-Umlage, Stromsteuer und Umsatzsteuer). 2011 stieg dieser Anteil auf 45 %. Insbesondere die steigende EEG-Umlage belastet Haushalte und Unternehmen. Sie stieg von 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2004 auf 13,5 Mrd. im Jahr 2011 und wird auf voraussichtlich 14,1 Mrd. im Jahr 2012 steigen (s. Grafik, links).

64 % der Unternehmen fordern laut einer aktuellen DIHK-Umfrage eine Reduzierung des Staatsanteils an den Energiekosten. Vor diesem Hintergrund hat jeder sechste Industriebetrieb Tätigkeiten ins Ausland verlagert oder plant, dies zu tun.

Netzausbau

Die Veränderung der Erzeugungslandschaft durch den Ausbau erneuerbarer Energien macht eine Modernisierung der Übertragungsnetze erforderlich. Die Stromerzeugung liegt bisher relativ nah an den Verbrauchszentren. Künftig muss der Strom über weite Strecken transportiert werden.

Insgesamt besteht nach Berechnungen der Deutschen Energieagentur (dena) ein zusätzlicher Trassenbedarf bei den Übertragungsnetzen von bis zu 5200 km. Dies entspricht einem Ausbau des heutigen Übertragungsnetzes um knapp 20 %. Bislang sind von 1800 Kilometern Übertragungsnetzen, die mit dem Energieleitungsausbaugesetz als prioritär eingestuft wurden, nur 214 km gebaut. Wenn die Energiewende Erfolg haben soll, müssen die Rahmenbedingungen für den Netzausbau schnellstmöglich geändert werden.

Eingriffe zur Stabilisierung des Netzes und Spannungsschwankungen sind inzwischen schon eher die Regel als die Ausnahme. Die Unternehmen nehmen die Versorgungssicherheit und den Anstieg der Strompreise bereits jetzt als Risiken wahr. Das zeigen die Ergebnisse des Unternehmensbarometers „Energie und Rohstoffe für morgen“, an dem sich auch regionale Unternehmen beteiligt haben. 58 % der Befragten gaben an, dass sie zunehmende Probleme mit der Versorgungssicherheit befürchten.

Eine Gesamtübersicht über die Jahresthema-Aktivitäten der IHK bietet www.osnabrueck.ihk24.de. Mit unseren Angeboten möchten wir dazu beitragen, die Herausforderungen der Energiewende zu bewältigen.



Dr. Jürgen Haag, RWE Power AG

„Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet voran, sie tragen aber kaum zur gesicherten Leistung bei. Die Integration der Erneuerbaren verändert das Anforderungsprofil des konventionellen Kraftwerksparks. Flexibilität, Reservekapazitäten und Speichertechnologien werden wichtiger. Unabdingbar ist der Ausbau des Stromnetzes.“

Neue Stromautobahnen bis 2022



„Die Energieversorgung der Welt verändert sich. In Deutschland werden heute die Lösungen gefunden, nach denen morgen in anderen Teilen der Welt gesucht wird.“

Martin Stöver, GE Energy Renewables

